

Helmholtzstraße 28, · 40215 Düsseldorf

Tel.: 0211-994160 · Fax: 0211-9941615

info@landesintegrationsrat-nrw.de

www.landesintegrationsrat-nrw.de



Pressemitteilung vom 4. Juli 2014

Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen kritisiert neue Optionsregelung und ist entrüstet über die Verschärfung des Asylrechts

Nach Ansicht des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen weist das Gesetz zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes, das am 03.07.2014 im Bundestag verabschiedet wurde, schwere Mängel auf. Die Fraktionen der Regierungskoalition beschlossen, dass Kinder ausländischer Eltern, die durch Geburt in der Bundesrepublik die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, unter bestimmten Voraussetzungen auch die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern behalten dürfen.

„Natürlich ist es zu begrüßen, dass die jungen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland grundsätzlich die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft haben. Trotzdem bleibt die Optionspflicht für einige erhalten und für die ältere Generation der Eingewanderten ändert sich nichts,“ erklärt Tayfun Keltek, Vorsitzender des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen. „Es hätte das Ziel der Regierung sein müssen, die Zweiklassengesellschaft unter den Migrantinnen und Migranten in Deutschland abzuschaffen. Die Koalition hat die Chance nicht genutzt, sich zu einem modernen Staatsangehörigkeitsrecht durchzuringen, das der Realität unserer Einwanderungsgesellschaft gerecht wird.“

Einschnitte im Asylrecht

Auch über den gestrigen Beschluss der schwarz-roten Koalition, das deutsche Asylrecht weiter zu verschärfen, zeigt sich der Landesintegrationsrat bestürzt. Mit den Stimmen der Regierungskoalition verabschiedete der Bundestag am Donnerstag ein Gesetz, das die Balkanländer Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsländer einstuft. Die Asylanträge von Menschen aus diesen Ländern können damit beschleunigt bearbeitet und die Antragssteller/innen schneller abgelehnt werden.

Tayfun Keltek kritisiert den Beschluss: „Es ist bekannt, dass insbesondere Roma in diesen Ländern massiv diskriminiert werden. Die Erhöhung der Zahl der Asylanträge aus den Balkanstaaten deutet darauf hin, dass die Lebenssituation für viele Menschen existenzbedrohend ist. Es ist somit zynisch, ausgerechnet die gestiegenen Antragszahlen als Argumentationsgrundlage für die Verschärfung des Asylrechtes zu verwenden.“

Hinzu kommt, dass die Anerkennungsquote der Flüchtlinge tatsächlich weitaus höher liegt, als durch die Fraktion der CDU/CSU angegeben. Tayfun Keltek: „Die offiziellen Zahlen müssen um die Anerkennungen ergänzt werden, die durch Verwaltungsgerichte ergangen sind, dann bekommen wir ein ganz anderes Bild.“ Mit Blick auf die Äußerung der Union, man könne so Platz schaffen für wirklich Verfolgte, erklärt Keltek weiter: „Ich kritisiere mit aller Deutlichkeit, dass offenbar Gruppen von Schutzbedürftigen gegeneinander ausgespielt werden sollen und appelliere dringend an den

Bundesrat, dem Gesetz nicht zuzustimmen. Es ist als Abschreckung für verfolgte und diskriminierte Menschen nicht nur im Balkan, sondern auch im Nahen Osten zu verstehen, wo wegen der bedrohlichen Lage zur Zeit viele Menschen auf der Flucht sind. Es ist notwendig, gerade jetzt Hürden abzubauen und eine tatsächliche Willkommenskultur zu entwickeln. Dazu gehört, dass das Asylrecht nicht noch weiter ausgehöhlt wird.“